

Einwanderungsgesellschaft Nürnberg - Zwischen Normalität der Vielfalt und Neuzuwanderung

5. Nürnberger Integrationskonferenz Samstag, 24.10.2015



DOKUMENTATION

Einwanderungsgesellschaft Nürnberg - Zwischen Normalität der Vielfalt und Neuzuwanderung

5. Nürnberger Integrationskonferenz

Die 5. Nürnberger Integrationskonferenz fand am Samstag, 24.10.2015 im südpunkt in Nürnberg statt. Veranstalterin war die Stadt Nürnberg / Koordinierungsgruppe Integration in Kooperation mit dem Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung.



Begrüßung: Jürgen Markwirth, Amt für Kultur und Freizeit und Koordinierungsgruppe Integration
Grußwort: İlhan Postalöglu, Vorsitzender des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung

Gesellschaften sind ständig Veränderungen ausgesetzt - mal langsamen, mal schnellen - mal großen, mal kleinen. In Deutschland und damit auch in Nürnberg finden derzeit demographische, soziale und kulturelle Umbrüche in einem großen Tempo statt. Was bedeuten für unsere Gesellschaft die immer größer werdende Zahl älterer Menschen, die immer größer werdende Mobilität und die zunehmende kulturelle Vielfalt? Wie begegnen wir der Gefahr einer Auseinanderentwicklung von Arm und Reich, wie schaffen wir Solidarität angesichts der Unterschiedlichkeit? Vermeintliche Sicherheiten muss man über Bord werfen, Grenzen geraten in Fluss, Begriffe wandeln sich und verlieren ihre Bedeutung. Diese Entwicklung lässt sich gerade auch beim Thema „Integration“ beobachten.

Sprach man vor drei Jahrzehnten noch von den „Gastarbeitern“, so wird heute überlegt, ob es noch angemessen ist, die Bezeichnung „Mensch mit Migrationshintergrund“ zu verwenden. Deutschland ist schon länger ein Einwanderungsland. Die Kinder und Enkel der ersten Zuwanderergeneration muss und darf niemand mehr willkommen heißen – sie sind hier aufgewachsen und in Deutschland zu Hause. Diese „neuen“ Deutschen sehen sich als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft und fordern mit gutem Grund anstatt einer gesonderten Integrationspolitik eine Gesellschaftspolitik, die allen Menschen, die in Deutschland leben, gerecht wird.

Gleichzeitig erleben wir aber auch in Nürnberg wieder verstärkt, dass viele Menschen in die Zuwanderung nach Deutschland Hoffnungen setzen. Seien es Menschen aus den Ländern der Europäischen Union, denen der Arbeitsmarkt Chancen bietet, oder diejenigen, die auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung in Europa Schutz suchen: Hier ist einerseits ein Willkommen notwendig, andererseits müssen die zahlreichen Aspekte der neuen Vielfalt in unserer Stadtgesellschaft diskutiert und allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern vermittelt werden.

Das Motto der Nürnberger Integrationskonferenzen „Vielfalt schätzen. Teilhabe stärken. Zukunft gestalten“ behält somit seine Aktualität. Den über 180 Aktiven und Interessierten aus den verschiedensten Handlungsfeldern, Gremien und Einrichtungen der Integration und der interkulturellen Arbeit bot die Konferenz die Möglichkeit, gemeinsam das Spannungsfeld zwischen einer Normalität der Vielfalt und der weiteren Neuzuwanderung zu diskutieren und Informationen und Erfahrungen auszutauschen.

In seiner Begrüßung betonte Jürgen Markwirth, Leiter Amt für Kultur und Freizeit und Koordinierungsgruppe Integration, die Kontinuität der Themen der Integrationskonferenzen. Das Thema der 4. Konferenz zum Umgang mit Vorurteilen ist heute aktueller als zuvor. Die Kampagne „Nürnberg ist bunt“, die 2014 vorgestellt wurde, und das Motto „Nürnberg hält zusammen“, das 2015 den Zusammenhalt der Nürnberger Stadtgesellschaft begleitet, tragen dazu bei, ein gemeinsames Selbstverständnis der bunten Stadtgesellschaft weiter zu entwickeln. Denn: „Die Mehrheitsgesellschaft ist eine bunte Gesellschaft, die aber noch an vielen Punkten um ihr Selbstverständnis ringt.“

Ilhan Postaloğlu, der Vorsitzende des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung, betonte in seinem Grußwort den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um in Frieden miteinander leben zu können. Respekt, Toleranz und Akzeptanz sind wichtige Schlagworte, die nicht nur ausgesprochen, sondern umgesetzt werden müssen. Nur derjenige erhält Respekt, der andere respektiert. Zuwanderung ist derzeit durch Flüchtlinge bestimmt, Zuwanderung wird es aber auch in Zukunft weiter geben. Daher wird sich auch die Gesellschaft weiter entwickeln müssen. „Haben wir keine Angst vor Verschiedenheit, Vielfalt ist eine Bereicherung!“, betonte er.



Folgend finden Sie Zusammenfassungen und ergänzende Informationen zu den einzelnen Programmpunkten und Themenworkshops der Konferenz.

**Prof. Dr. Gianni D'Amato: Zwischen Normalität der Vielfalt und Neuzuwanderung
Aktuelle Herausforderungen der Integrations- und Zuwanderungspolitik**



Prof. Dr. Gianni D'Amato ist Professor für Migration und Staatsbürgerschaft an der Universität Neuchâtel/Schweiz und Mitglied im Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration bietet mit seinen Jahresgutachten der Politik eine wissenschaftlich fundierte Entscheidungsgrundlage zum Thema Zuwanderung. Prof. Dr. Gianni D'Amato hat in seinem Vortrag die Kernbotschaften des Gutachtens 2015 vorgestellt und die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen für eine gelingende Neuzuwanderung skizziert.

Das Gutachten 2015 trägt den Titel „Unter Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich“ und vergleicht die migrations- und integrationspolitischen Ansätze Deutschlands mit denen anderer Einwanderungsländer. Das Jahresgutachten ermöglicht ein „Lernen von anderen“ und erlaubt eine Rückschau über die Themen, die in den letzten Jahrzehnten immer wieder auf der Tagesordnung standen. Ein Ziel der Vorschläge des Sachverständigenrats ist es, eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürgern zu erreichen. Der Vergleich mit anderen Ländern ergab, dass – im Gegensatz zum öffentlichen Diskurs – Deutschland in vielen Bereichen der Migration und Integration ein fortschrittliches Einwanderungsland ist. Die politische und konzeptionellen Steuerung und Förderung hat sich deutlich verbessert und Deutschland ist z.B. in der Arbeitsmigrationspolitik gut aufgestellt. Der Vergleich machte auch deutlich, dass Deutschland seinen eigenen Weg weiter entwickeln muss, um seine Zukunftsfähigkeit zu erhalten.

Trotz eines fortschrittlichen migrationspolitischen Instrumentariums für Drittstaatsangehörige hat Deutschland ein Vermarktungsproblem im „Kampf um Gehirne“. Das Hybridmodell aus einer liberalen arbeitsvertraglichen Steuerung gemischt mit der Sektorzugehörigkeit, die Verkürzung der Mindestaufenthaltszeiten für Blue-Card-Inhaber zur Erlangung eines Daueraufenthalts, sollten besser nach außen dargestellt werden. Ziel sollte es sein, die fortschrittliche Arbeitsmigrationspolitik adäquat zu vermarkten, dies bedeutet auch, die veränderte migrations- und integrationspolitische Rahmensetzung der Bevölkerung zu vermitteln.

Deutschland muss sich aufgrund der deutlichen Fortschritte insbesondere im Bereich der Arbeitsmigration nicht hinter klassischen Einwanderungsländern verstecken, jedoch fehlt der Migrationspolitik in Deutschland nach wie vor ein roter Faden. Es gilt, ein zuwanderungspolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln, Migrations- und Integrationspolitik ganzheitlich und ressortübergreifend zu konzipieren, die Arbeit an der Sache an die erste Stelle zu setzen und parteipolitische Opportunitäten hintanzustellen.

Die Blue Card als europäisches Modell zur Anwerbung Hochqualifizierter funktioniert nur in Deutschland gut. Eine Harmonisierung der in den Staaten der EU unterschiedlichen Regelungen sollte Teil einer Strategie sein, die Blue Card europaweit als Instrument attraktiv zu machen. Dazu gilt es, ausländische Studierende im Land zu halten. Eine intensivere Betreuung und Beratung ist erforderlich, um diese Gruppe, die wichtig ist für den Ausgleich der demographischen Entwicklung am Arbeitsmarkt, einen dauerhaften Aufenthalt zu erleichtern.

Flucht und Asyl erfordern dringend eine gemeinsame Linie auf europäischer Ebene. Der Sachverständigenrat schlägt vor, Dublin und „free choice“ zu verbinden. Nach Abschluss des Asylverfahrens sollten anerkannte Asylbewerber die Möglichkeit bekommen, den Ersteinreisestaat zu verlassen und das Land ihrer Wahl aufzusuchen. Bis dahin gilt das Dublin-System aber mit einheitlichen Umsetzungsregeln und einer finanziellen und logistischen Unterstützung der Ersteinreisestaaten.

In der Familienmigration sollten Deutschland und Europa von den USA lernen. Diese bedeutsame und nachhaltige Form der Zuwanderung nimmt in Deutschland eher ab. Gerade Familiennachzug jedoch begünstigt gesellschaftliche Teilhabe unter der Voraussetzung einer verbesserten Sprachlerninfrastruktur und der Öffnung von Arbeitsmarktperspektiven für nachziehende Familienmitglieder. Die Realitätsverweigerung in der Vergangenheit („Deutschland ist kein Einwanderungsland“) erfordert es heute zudem, mit verbesserten Angeboten die – oft nicht sichtbaren – Barrieren im Bildungsbereich zu beseitigen und einen Bildungsaufstieg zu ermöglichen. Eine interkulturelle Qualifizierung der Lehrkräfte und die Förderung von Deutschkenntnissen von Kindern und Jugendlichen, die als Seiteneinsteiger ins deutsche Schulsystem kommen, sind hierzu wichtige Bausteine.

Eine Modernisierung der Staatsbürgerschaftskonzepte bezogen auf reale Lebenssituationen würde dazu beitragen, die politische Inklusion zu stärken. Der Sachverständigenrat schlägt eine Turbo-Einbürgerung mit einer reduzierten Mindestaufenthaltsdauer für besonders gut integrierte Zuwanderer sowie eine als Beitrag zu einer Willkommenskultur angelegte kommunikative Einbürgerungsoffensive vor, die aktiv für Einbürgerung wirbt und einbürgerungsberechtigte Personen gezielt anspricht und zur Einbürgerung einlädt. Zudem sollte die Terminologie überprüft werden, indem zwar der „Migrationshintergrund“ vorwiegend für statistische Zwecke erhalten bleibt, aber andere Begriffe ohne Stigmatisierung für ein neues „Wir“ entwickelt werden.

Zuletzt stellte Prof. Dr. D'Amato fest, dass Integrationsprozesse Generationenprozesse sind. Das Ziel, zu wirtschaftlicher Autonomie und Selbständigkeit zu befähigen und sich als Bürger/-in einzubringen, ist nicht in kurzer Zeit zu erreichen. Die Einwanderungsgesellschaft Deutschlands ist durch Heterogenität gekennzeichnet, die gesellschaftliche Pluralität wird sich in unserer modernen Gesellschaft auch künftig weiter ausdifferenzieren.

Das Video zum Beitrag von Prof. Dr. D'Amato finden Sie [hier](#), das Jahresgutachten und die 10 Kernbotschaften finden Sie [hier](#).

Breschkai Ferhad: Deutschland neu denken „Wir gehören dazu“ Neue Deutsche Organisationen wollen mitreden



Breschkai Ferhad, Neue Deutsche Medienmacher Berlin, berichtete über die rund 80 Initiativen der zweiten und dritten Generation von Eingewanderten aus ganz Deutschland, die Anfang 2015 in Berlin über eine zeitgemäße „Integrationspolitik“ und politische Maßnahmen gegen Diskriminierung diskutiert haben. Die Initiativen stellten klar, dass sie ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft sind, denn „Deutschsein ist heute mehr als deutsche Vorfahren zu besitzen“.

Breschkai Ferhad berichtet zunächst über ihren persönlichen Hintergrund. Ihre Eltern sind schon in den 50er Jahren nach Deutschland gekommen, sie ist in Berlin geboren, sie ist dort wie alle anderen Berliner Kinder aufgewachsen. Erste Diskriminierungserfahrungen erfuhr sie bei der Wohnungssuche „Wir wollen keine Ausländer in unserem Haus“. Weitere sollten leider folgen.

Sie betonte, dass Willkommenskultur für Neuzugewanderte und Flüchtlinge wichtig sei, es sei aber ebenso wichtig, dass diejenigen, die schon Jahre und Jahrzehnte mit Migrationshintergrund in Deutschland leben und oft auch hier geboren sind, mitentscheiden wollen und mitentscheiden müssen. Viele der neuen deutschen Organisationen sind entstanden nach dem „Sarrazin-Schock“. Durch die provokanten Thesen des Buchs von Thilo Sarrazin wurden anti-muslimische, anti-arabische Ressentiments in den Debatten salonfähig, die Thesen waren Topthema in den Medien, der Konsens einer politischen Korrektheit wurde dadurch erstmals auf breiter Ebene aufgehoben.

Die neuen deutschen Organisationen knüpfen an die Arbeit der Migrantenselbstorganisationen oder Ausländerbeiräte an, sie definieren sich aber nicht ethnisch. Als Beispiele nannte Breschkai Ferhad den Verein „Deutscher.Soldat. e.V.“, der 2011 von deutschen Offizieren und Offiziersanwärtern mit und ohne Migrationshintergrund gegründet wurde. Vision des Vereins ist ein Deutschland des Miteinanders, in dem gemeinsame Werte schwerer wiegen als sichtbare Unterschiede. Eine Nation, in der derjenige als Deutscher gilt, der sich als solcher fühlt und wahrgenommen werden will (<http://www.deutschersoldat.de/>).

Der Verein „Juma - jung, muslimisch, aktiv“ engagiert sich in Berlin, Hamburg und Stuttgart, um muslimischen Jugendlichen eine Stimme zu geben (<http://www.juma-projekt.de/>). Die „interkulturelle Salaam Schalom Initiative“ wurde 2013 in Berlin gegründet und steht für ein friedliches Zusammenleben und Solidarität in Neukölln, Berlin und darüber hinaus und fördert das mit unterschiedlichen Aktionen und Projekten, die auf gesellschaftliche und juristische Ausgrenzungen in der Gesellschaft aufmerksam machen. (<https://salaamschalom.wordpress.com>).

Die Münchner Initiative „Derf's a bisserl bunter sein?“ widmet sich Schauspielern/-innen mit Migrationshintergrund und der Verbesserung ihrer Lage. Den „Neuen Deutschen Medienmachern“ wiederum geht es um eine Haltung: Jede und jeder ist aufgefordert mitzumachen, egal wie lange man in Deutschland lebt. Das Netzwerk verbindet etwa 800 Journalisten/-innen mit Migrationshintergrund, die für mehr Vielfalt eintreten. (<http://www.neuemedienmacher.de/>)

Am 1. Bundeskongress der Neuen Deutschen Organisationen haben 180 Personen aus 80 Initiativen teilgenommen. Dabei konnten aus der großen Zahl der 400 Angemeldeten nicht alle berücksichtigt werden, was auch zeigt, dass mit diesem neuen Netzwerk eine Lücke geschlossen wurde. Wie können wir stärker werden und mehr Einfluss gewinnen? Auf diese Frage haben auf diesem ersten Kongress nicht nur neue Organisationen, sondern auch Migrantenorganisationen mit einer langen Tradition eine Antwort gesucht. Die Organisation wollen keine Integrationspolitik, sondern Teilhabe und Gesellschaftspolitik, bekräftigt wurde dieser Anspruch mit 13 Positionen <http://neue-deutsche-organisationen.de/de/positionen/>. Breschkai Ferhad stellte einige davon näher vor:

- Wir wollen nicht nur ein Bekenntnis zum Einwanderungsland („Deutschland braucht Zuwanderung“), sondern auch ein Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft („die deutsche Bevölkerung ist von Einwanderung geprägt und völkische Ideen dürfen keine Renaissance erleben“). Ein neues Einwanderungsgesetz muss das berücksichtigen.
- Wir wollen keine Integrationspolitik, sondern eine Gesellschaftspolitik, die sich an alle Bevölkerungsgruppen richtet. Eine Integrationspolitik, die sich nur auf Migrantinnen und Migranten konzentriert, ist nicht mehr zeitgemäß. Sie muss auch Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus beinhalten und sich auch an die Mehrheitsbevölkerung richten.
- Die Neuen Deutschen und People of Color müssen präsenter werden: Wir wollen keine Behörden, staatlichen Unternehmen, Parlamente, Gremien, Rundfunkräte, Wohlfahrtsverbände usw., in denen immer noch fast nur Herkunftsdeutsche sichtbar sind. Solange der Anteil von Neuen Deutschen und People of Color in Entscheidungspositionen deutlich unter ihrem Anteil in der Bevölkerung liegt, müssen wir eine Diskussion über Quoten führen.
- Wir brauchen mehr politische Bildung und Aufklärung über unsere verfassungsmäßigen Grundrechte wie etwa die Religionsfreiheit. Sie gilt für alle und ist nicht verhandelbar, auch wenn Rechtspopulistinnen und -populisten das derzeit für Muslime in Frage stellen.

Abschließend betonte Breschkai Ferhad, dass eine gerechte Teilhabe aller auch immer auch ein Abgeben bedeuten kann und sie unterstützte die Forderung von Aladin El-Mafaalani und Mark Terkessidis in der Süddeutschen Zeitung vom 21.10.2015 nach einem Bundesministerium für Migration.

Das Video zum Beitrag von Breschkai Ferhad finden Sie [hier](#).

Podiumsdiskussion: Nürnberg neu denken



Das Podiumsgespräch mit (von links) Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Ivona Papak, Prof. Dr. Gianni D'Amato, Breschkai Ferhad, Brigitte Fischer-Brühl und Deniz Bahadır wurde moderiert von Ella Schindler, Nürnberger Zeitung (Mitte).

In der Podiumsdiskussion wurden aus der Vogelperspektive einerseits die Ergebnisse der oft auch innovativen Integrationspolitik Nürnbergs positiv bewertet, andererseits aber auch auf Verbesserungsmöglichkeiten hingewiesen. Schwerpunkt war die Frage, wie sich Nürnberg durch Zuwanderung verändert hat und welche große Bedeutung die Bildung für eine gelingende Integration hat.



Brigitte Fischer Brühl als erste Geschäftsführerin des Ausländerbeirats Nürnberg schilderte die deutlichen Verbesserungen, gerade auch der rechtlichen Grundlagen für eine gelingende Integration. Sie führte dies auch auf das große Engagement des Ausländerbeirats für eine gleichberechtigte Teilhabe aller in Nürnberg lebender Menschen zurück. In Nürnberg hat zudem sehr früh ein Perspektivwechsel von einer defizitorientierten hin zu einer Politik, die sich an den Stärken der Eingewanderten orientiert, stattgefunden.

Oberbürgermeister Ulrich Maly führte ergänzend historische soziologische Gründe an: In Nürnberg als Industriestadt war in den 60er Jahren die Veränderung stark zu spüren, aber auch gewünscht. Die damals ökonomisch motivierte Form von Zuwanderung war in Nürnberg die Chance für eine frühe interkulturelle Alphabetisierung. Er wandte sich dagegen, Nürnberg neu erfinden zu müssen, und forderte, bewährte Instrumente zu stärken und die Fehler der Vergangenheit, wie zum Beispiel das Negieren der muttersprachlichen Kompetenz zu vermeiden. Ein Ziel ist es, einen allgemeinen gesellschaftlichen Respekt für die mitgebrachte Kultur – wozu auch die Muttersprache gehört – zu entwickeln.

Ivona Papak ist Erzieherin und setzt sich seit Jahren auch für Flüchtlinge ein. Sie erlebte und erlebt die Offenheit Nürnbergs, die sich etwa im Slogan „Nürnberg hält zusammen“ ausdrückt, als sehr positiv. Sie schilderte ihre unterschiedliche Erfahrung einmal als Flüchtling und – nach einer vorübergehenden Ausreise nach Bosnien – als über Familiennachzug eingewanderte Ehefrau. Sie plädierte dafür, das in Nürnberg Erreichte zu festigen und betonte die Stärke Nürnbergs, dass mit den Eingewanderten gesprochen wird und nicht nur über sie.



Deniz Bahadır, Vorstandsmitglied des Kreisjugendrings, unterstrich die Bedeutung kultureller Aktivitäten in der Stadt für das Sichtbarmachen von Vielfalt und schildert als positive Entwicklung, dass in den letzten Jahren Migrantenselbstorganisationen Stimmrecht im Bayerischen Jugendring bekommen haben.



Prof. Dr. Gianni D'Amato schilderte die Geschichte von modernen Gesellschaften als eine Geschichte von Auseinandersetzungen, eine Geschichte der Einhaltung von Regeln. Demokratie ist kein Harmoniemodell, sondern ein Streit um Interessen. Hier ist es bedeutsam, dass alle ihre eigene Stimme und ihre eigene Positionen einbringen können und sich somit ihr Land auch aneignen können. Alle, die Interessen haben, benötigen ein Forum, auf dem sie ihre Interessen anmelden können. Ergänzend forderte Breschkai Ferhad neue Narrative, die es ermöglichen, dass Einwanderung in ihrer ganzen Vielfalt und nicht nur reduziert auf den Terminus „Gastarbeiter“ vermittelt und begriffen wird.



Hinsichtlich Bildung bekräftigte Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly den Anspruch, in der Bildungsbiographie früh anzusetzen und frühkindliche Bildung zu fördern. Wichtig ist, die Vererbbarkeit von Bildungsferne zu durchbrechen und durch eine positive Diskriminierung Finanzierungen an den richtigen Stellen zu platzieren. Zum Glück ist es Vergangenheit, dass – wie Brigitte Fischer Brühl es ergänzend schilderte – bis 1997 türkische Schülerinnen und Schüler getrennt von anderen Kindern unterrichtet wurden und griechische Kinder durch ihren separaten Unterricht am

Nachmittag auch mit deutschen Kindern in der Schule nichts zu tun hatten.



Das Video der Diskussion finden Sie [hier](#).

Workshop 1: Vielfalt sichtbar machen

Über 42 % der Nürnbergerinnen und Nürnberger haben einen Migrationshintergrund. Aber ist diese Vielfalt in Organisationen wie zum Beispiel der Nürnberger Stadtverwaltung sichtbar? Was bedeutet denn sichtbare Vielfalt in Verwaltung, Organisationen oder Vereinen für die Organisation selbst und für die Kundinnen und Kunden, die Besucherinnen und Besucher? In der Gesprächsrunde mit Cooper Thompson, Mitglied des Nürnberger Integrationsrates, hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Meinungen auszutauschen.



Cooper Thompson ist ein ehemaliger Organisationsberater und Antidiskriminierungsaktivist aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Mitglied des Nürnberger Integrationsrates.

Ist die Vielfalt der Nürnberger Bevölkerung in Organisationen wie zum Beispiel in der Nürnberger Stadtverwaltung sichtbar? Diese Ausgangsfrage wurde relativ schnell und einstimmig von den Teilnehmenden verneint. Nachdem Begriffsunklarheiten und Definitionen (Vielfalt, Migrationshintergrund mit/ohne Migrationserfahrung, ...) in der Gruppe geklärt wurden, war man sich nach einer lebendigen und anregenden Diskussion einig, dass eine hohe Sprachkompetenz eine obligatorische Voraussetzung für die Arbeit in der Stadtverwaltung ist. Präsentiert wurden alltägliche Beispiele und interkulturelle Erfahrungen mit Flüchtlingen (es wurde deutlich, wie omnipräsent dieses Thema ist), wobei der Eindruck entstand, dass die Grenzen zwischen den einzelnen „Migrationshintergründen“ verschwammen.

Diskutiert wurde der Ansatz einer Quotenregelung, thematisiert wurde eine durch Quoten entstehende mögliche „positive Diskriminierung“. Es wurde davon ausgegangen, dass möglicherweise Menschen mit Migrationshintergrund eine Quote einerseits als „Privileg“ empfinden, andererseits jedoch diese als vorprogrammierte Stigmatisierung am Arbeitsplatz sehen könnten. Diese Spekulation bekräftigte eine Teilnehmerin mit französischen Wurzeln, die den Vergleich zu Frankreich zog. Dort nämlich sei durch eine Differenzierung zwischen „guter“ und „schlechter“ Arbeit relativ leicht absehbar, wer welche auszuführen habe, sodass eine positive Diskriminierung wiederum unscheinbar zur negativen führt.

Als Gründe, weshalb Bewerbungszahlen von Menschen mit Migrationshintergrund für Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst so gering sind, wurde eine zu geringe Attraktivität (Bürojob), Abschreckung vor weiterer Diskriminierung, zu wenige „Vorbilder“ oder fehlendes Selbstvertrauen genannt. Vielfalt ist vorhanden und diese sollte auch – ob mit Quote oder ohne – repräsentiert werden. Und dies gelingt offensichtlich nur, wenn auf allen Seiten Vorurteile abgebaut werden.



Protokoll: Serkan Isik

Workshop 2:

Was ist positiv an gesellschaftlicher Vielfalt?

Gesellschaftliche Vielfalt wird von vielen als Bereicherung gesehen, manchen jedoch macht sie Angst. Was ist denn das Positive von Buntheit und Vielfalt? Welche positiven wie negativen Veränderungen können divers zusammengesetzte Teams, Unternehmen oder Stadtgesellschaften erleben? Sind sie nur einfach kreativer, offener, kommunikativer oder gibt es hier mehr? Diese Fragen wurden in der Gesprächsrunde mit Jochen Menzel und Gülseren Suzan behandelt.



Die Filmemacher Gülseren Suzan und Jochen Menzel erzählen in ihren bislang über 30 Filmen von der Vielfalt der Lebensentwürfe von Zuwanderern. Das deutsch-türkische Team macht seine Beobachtungen, Erfahrungen und Bilder aus dem multikulturellen Alltag zu Filmen, Gülseren Suzan und Jochen Menzel zeigen dabei ein poetisches Bild der Menschen, die es im Alltag oft nicht leicht haben und sie begleiten mit ihren Arbeiten mehr als 20 Jahre Zuwanderungsgeschichte in Deutschland und Nürnberg. 2011 erhielten Gülseren Suzan und Jochen Menzel den Interkulturellen Preis des Integrationsrates der Stadt Nürnberg, 2015 wurde Gülseren Suzan für ihre von großem Einsatz geprägte ehrenamtliche Integrationsarbeit mit der Bürgermedaille der Stadt Nürnberg geehrt.

Nach kurzer Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und persönlicher Vorstellung zeigten Jochen Menzel und Gülseren Suzan zunächst zwei Filme, die das Thema „kulturelle Vielfalt“ aus verschiedenen Sichtweisen behandelten. Der erste Kurzfilm mit dem Titel „Das Wissen vom Anderen – Pragmatik im Alltag“ drehte sich um die Vorbereitungen auf das muslimische Opferfest in einem mittelfränkischen Dorf und zeigte, wie Zusammenleben in Vielfalt auf pragmatische Art und Weise gestaltet werden kann. Darauf folgte der zweite Kurzfilm „Diversity – Vielfalt gestalten“. Hierin wurden Schülerinnen und Schüler einer Nürnberger Schule befragt, wie sich Vielfalt in ihrem Schulalltag zeigt, mit welchen Vorurteilen Schülerinnen und Schüler verschiedener Herkunft, Kultur oder Religion konfrontiert werden und wie die ideale Lehrkraft agieren sollte.

Im direkten Anschluss an die gezeigten Filme folgte eine Diskussionsrunde, die von Frau Suzan mit der Frage an die Teilnehmenden, wie sich Vielfalt in ihrem Leben zeige, eröffnet wurde. Hierin schilderten die Workshop-Teilnehmer/-innen ihre persönlichen Erfahrungsberichte in Bezug auf kulturelle Vielfalt im Alltag. Bereits nach kurzer Zeit gestaltete sich eine sehr offene Gesprächsrunde, in der die Beiträge zu stets neuen Fragen und Diskussionen führten. Themen, die mit besonders hohem Interesse besprochen wurden, waren zum Beispiel die Vielfalt zwischen Personen mit demselben kulturellen Hintergrund, die natürlich vorhandene Vielfalt und der unterschiedliche Umgang verschiedener Generationen mit dem Thema Vielfalt. Der Workshops gestaltete sich sehr kurzweilig, was nicht zuletzt durch die rege Beteiligung aller Anwesenden ermöglicht wurde. Die Stimmung war sehr positiv und selbst nach Ende des Workshops fanden sich noch kleine Gruppen zusammen, um weiterhin Meinungen auszutauschen und offen gebliebene Fragen zu klären.

Protokoll: Johannes Rudolph

Workshop 3:

Gremium Integrationsrat: Perspektiven für das nächste Jahrzehnt

Workshop mit Réka Lörincz, AGABY, und Derya Yildirim, Geschäftsstelle Integrationsrat Nürnberg, zum Austausch über die Möglichkeiten und Herausforderungen der politischen Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Rahmen der Integrations- und Ausländerbeiräte.



Derya Yildirim (li.) besitzt einen Abschluss als Dipl.Pädagogin und arbeitet als Mitarbeiterin der Geschäftsstelle des Nürnberger Integrationsrates.

Réka Lörincz (re.) hat einen M.A. im Fach „Internationale Beziehungen“ und ist sowohl Geschäftsführerin als auch Projektkoordinatorin der AGABY (Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns).

Eine Facette gelingender Integration ist die politische Partizipation, wie sie in Nürnberg u.a. im Integrationsrat möglich ist. Die fachkundigen und engagierten Referentinnen leiteten den Workshop mit einer kurzen Vorstellungsrunde ein. Alle Teilnehmenden wurden dabei gebeten, kurz zu erläutern, weshalb sie speziell diesen Workshop gewählt hatten. Dabei wurde deutlich, dass sich alle zwar für die politische Partizipation von Menschen mit Zuwanderungshintergrund aussprachen, man über die verschiedenen Möglichkeiten, aber auch Barrieren nur vereinzelt Bescheid wusste.

Danach erläuterten die Referentinnen den Integrationsrat als ein zentrales Mittel politischer Teilnahme auf kommunaler Ebene. Dabei wurden sowohl die allgemeinen Rollen und Aufgaben eines Beirates, aber auch die Besonderheiten des Nürnberger Integrationsrates verdeutlicht. Hingewiesen wurde auf die Wahlen des Nürnberger Integrationsrates am 13.03.2016. Da in den Kommunen Bayerns anders als in Hessen oder Rheinland-Pfalz Integrationsräte keine Pflicht sind, sollte man durch hohe Wahlbeteiligung unterstreichen, dass ein Integrationsrat von kommunaler Bedeutung ist.

Als eine Aufgabe des Integrationsrates wurde die politische Interessenvertretung aller Menschen mit Zuwanderungshintergrund genannt. Für diese will man sowohl als Ansprechpartner als auch als Sprachrohr auf politischer Ebene dienen. Dabei steht der Kampf für politische Partizipation derjenigen im Vordergrund, welchen eine politische Teilnahme bislang verwehrt blieb. Dieser Punkt führte im Plenum zu einer regen Diskussion. Gefragt wurde hierbei, was politische Partizipation im Allgemeinen bedeutet und ob man diese Möglichkeit überhaupt brauche, um selbstbestimmt in einer Kommune leben zu können. Der Diskurs darüber machte deutlich, dass politische Mitbestimmung in Deutschland sehr stark an der Staatsbürgerschaft hängt. „Nicht-deutsche“ Mitmenschen hätten kaum Chance auf echte Mitbestimmung und dadurch wird oftmals für sie und über sie entschieden. Auf diesen Missstand versucht AGABY mit der Kampagne "Demokratie braucht jede Stimme" aufmerksam zu machen und fordert das kommunale Wahlrecht für alle, auch für Drittstaatsangehörige.

Weiterhin wurde der Integrationsrat als kritischer Beobachter beschrieben, welcher eine Brücke zwischen Migranten/-innen im Speziellen und der Gesamtgesellschaft im Allgemeinen bauen möchte. Um diese Aufgaben verwirklichen zu können, ist viel ehrenamtliche Arbeit notwendig.

Nachdem die Aufgaben des Integrationsrates überblicksweise erklärt wurden, folgte ein kurzes und effektives Ratespiel. Hierbei wurde den Teilnehmenden deutlich vor Augen geführt, wie viele

Menschen verschiedener Herkunft in Nürnberg leben. Darunter leben in Nürnberg derzeit ca. 6500 Flüchtlinge, jedes Jahr werden etwa 1500 Menschen Nürnberg eingebürgert. Die Gesamtzahl aller Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Migrationshintergrund beläuft sich auf rund 43% der Einwohnerinnen und Einwohner und macht Nürnberg damit zur Stadt mit dem größten Migrationsanteil Bayerns.

Dieser Punkt ist insbesondere wichtig, da diese 43% durch den Integrationsrat vertreten werden können. Es gilt nun, dies auch in politische Mitbestimmung des Integrationsrates umzumünzen. Bis dato hat der Rat nur beratende Funktion für den Stadtrat, ihm fehlt jedoch eine direkte Mitbestimmungsmöglichkeit. Der Tenor aller Teilnehmenden zu diesem Fakt war es, dass es ein Ziel des Integrationsrates sein muss, diese Beratungsfunktion in eine echte Mitbestimmung umzuwandeln. Dabei sollte man sich unter anderem auf den hohen Anteil von 43% der Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund berufen, um diese Ziele durchzusetzen. Derya Yildirim räumte ein, dass dieses Ziel auf jeden Fall angestrebt werden muss, es jedoch kein leichter Weg dorthin sein wird. Réka Lörincz ergänzte dies aus der bayerischen Ebene mit der langjährigen Forderung der AGABY, dass diese Rolle der Integrationsbeiräte vor allem auf der Landesebene in der Gemeindeordnung oder ggf. in einem zukünftigen Integrationsgesetz vorgeschrieben und festgehalten werden muss.

Abschließend stellten die Referentinnen 6 Themeninseln zur Verfügung, an welchen jede/r Teilnehmer/-in seine/ihre Ideen für die Entwicklung des Integrationsrates im nächsten Jahrzehnt festhalten konnte. Hier wurden viele konstruktive Vorschläge für die zukünftigen Aufgaben und Ziele des Rates formuliert. Unter anderem, dass eine vermehrte Kontaktaufnahme mit Jugendlichen im Vordergrund stehen sollte. Dies könnte beispielsweise durch eine Kooperation mit Universitäten und Fachhochschulen ermöglicht werden, um so junge



Studierende für den Integrationsrat zu gewinnen. Diesen fiele es wiederum leichter, Menschen in ihrem Alter zu erreichen. Auch auf Kooperationspartner aus Wirtschaft und Politik sollte man sich stützen, um das Einflussgebiet zu erweitern. Als Aufgaben des Rates wurden weiterhin die Vermittlung zwischen Gesamtgesellschaft und Migranten/-innen genannt. Es wurde hierbei deutlich, dass es keinen Bereich mehr gibt, welchen die Aufgabe der Integration nicht betrifft. Vor diesem Fakt dürfe man nicht die Augen verschließen, sondern ihn mit Mut und Akzeptanz nach außen tragen. Dafür müsse der Integrationsrat noch mehr Präsenz zeigen und den Dialog fördern, um Vorurteile abzubauen.

All diese Ziele sind ideell, sie müssen es aber auch sein, wenn sie wirklich etwas verändern möchten.

Protokoll: Marcus Wenzel

Workshop 4:

Bildungschancen im gesellschaftlichen Wandel: Wege, Umwege und neue Herausforderungen

Workshop mit Dr. Claudia Kupfer-Schreiner, Akad. Direktorin an der Universität Bamberg. Einführung: Brigitte Fischer-Brühl, Bildungsbüro der Stadt Nürnberg. Der Workshop betrachtete das Schul- und Bildungssystem in Bayern und Nürnberg und lud ein zur Diskussion über Ideen und Konzepte für eine neue Willkommenskultur und für eine Bildungspolitik, die allen Menschen, die bei uns leben, gerecht wird.



Dr. Claudia Kupfer-Schreiner (links) ist Akad. Direktorin an der Universität Bamberg, Didaktik des Deutschen als Zweitsprache.

Brigitte Fischer-Brühl (Mitte) war seit 2008 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bildungsbüro der Stadt Nürnberg tätig.

Frau Dr. Kupfer-Schreiner informierte in ihrem Vortrag über gesellschaftliche Entwicklungen und damit einhergehende Veränderungen im Bildungssystem. Durch auditive, audiovisuelle und visuelle Beispiele veranschaulichte sie die Arbeitsmigration in den 50er und 60er Jahren, die Phase der Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung in den 70er und 80er Jahren und die Interkulturalität und ihre Vielfalt in den 80er und 90er Jahren, bis hin zu den wichtigsten Ereignissen ab den 2000er Jahren. Im zweiten Vortrag erläuterte Brigitte Fischer-Brühl die aktuelle Nürnberger Bildungssituation mit Statistiken, sodass die Teilnehmenden ein breites Wissen in den zweiten Teil des Workshops mitnehmen konnten.

Moderiert von Elisabeth Ries entwickelte sich eine lebhafte Diskussion zum Thema. Analysiert wurde eine mangelnde Umsetzung von in der Theorie vorhandenen Konzepten, oft bedingt durch aus finanziellen Gründen fehlende Personalkapazitäten. Daher sei man aufs Erste darauf bedacht, die vorhandenen Fach- und Lehrkräfte durch Teamteaching und innere Differenzierung zu fördern, um diesem Anliegen nachzukommen. Der zweite Diskussionspunkt behandelte die Betreuung von Kindern, die Deutsch als Zweitsprache (DaZ) lernen. Hier wurde eine individuelle Förderung gefordert, die zum Teil bereits umgesetzt wird. Als prominentestes Beispiel ist der „LehrplanPLUS“ der Grundschule zu nennen, der die individuelle und differenzierte Förderung der Schülerinnen und Schüler als einen wichtigen Punkt behandelt. Durch Weiterbildungen oder durch ein Zusatzstudium können evtl. vorhandene Defizite bei der Ausbildung von Lehrkräften ausgeglichen werden.

„Gutes Deutsch“ wird prinzipiell an der Schriftsprachkompetenz gemessen. Hier legt der europäische Referenzrahmen für Sprachen sechs Sprachniveaus – von A1: Anfänger/-in bis C2: Sehr kompetente Sprachverwendung – vor. Ab den Stufen B2/C1 (Stufe 4/5) kann man von „gutem Deutsch“ sprechen. Thematisiert wurde in der Diskussion, dass es im Prinzip keinen Mangel an Lehrkräften gäbe, sondern einen Mangel an akzeptablen Rahmenbedingungen. Gefordert wurde, bei der Ausbildung der Lehrkräfte interkulturelles Lernen stärker zu berücksichtigen, wie es z.T. bei modularisierten Lehramtsstudien der Fall ist.

Brigitte Fischer-Brühl fasste den Workshop in ihrem Abschlussstatement mit den Worten „Nur Mut“ treffend zusammen.

Protokoll: Mahir Jonas Emonds

Workshop 5: Arbeiten in der vielfältigen Stadt

Workshop mit Michael van der Cammen, Leiter der Koordinierungsstelle Migration in der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit. In unserer Gesellschaft definiert sich der Großteil der erwachsenen Bevölkerung über die Teilnahme am Erwerbsleben. Arbeit dient also nicht allein der Existenzsicherung, auch soziale Identität, Anerkennung und Teilhabe hängen in hohem Maße davon ab. Trotz guter Konjunktur trifft Arbeitslosigkeit Menschen ohne deutschen Pass mehr als doppelt so oft wie Deutsche ohne Zuwanderungshintergrund. Wo liegen die Gründe? Wo besteht weiterer Handlungsbedarf? Welche neuen Konzepte gibt es?



Herr van der Cammen wies in seinem Eingangsstatement darauf hin, dass das deutsche Rentensystem von der Zuwanderung ausländischer Bürgerinnen und Bürger abhängig sei und betonte ausdrücklich die Nicht-Existenz eines Verdrängungseffektes auf dem Arbeitsmarkt. Daten aus der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit stützen diese Aussage. So beträgt beispielsweise die Arbeitslosenquote unter Personen mit Migrationshintergrund 37%, Jugendliche mit Migrationshintergrund sind deutlich benachteiligter auf dem Ausbildungsmarkt als Jugendliche ohne Migrationshintergrund und 60% aller Ausbildungsbetriebe haben noch nie eine Person mit Migrationshintergrund ausgebildet.

Herr van der Cammen ging anschließend auf die Maßnahmen bezüglich der eigenen Mitarbeiterschulung innerhalb der Arbeitsagentur ein. Diese werden in ihrer interkulturellen Kompetenzentwicklung, hinsichtlich des Asylrechts und im Wissen über den Umgang mit Flüchtlingen, weitergebildet. Aktuell steht das Amt vor der Herausforderung, eine berufliche Aus- und Weiterbildung auch für Flüchtlinge zu ermöglichen. Beispielsweise suchten innerhalb der letzten Monate besonders häufig Personen ohne jeglichen Abschluss eine Arbeit (ungelernte Flüchtlinge), bei denen eine Anerkennung von non-formalen Qualifikationen einen Start auf dem Arbeitsmarkt erleichtern würde. Zudem wird zukünftig auch in sogenannte „Flüchtlingslotsen“ investiert, welche die Ankömmlinge von der Erstaufnahmeeinrichtung bis hin zum neuen Arbeitgeber begleiten werden.

Im Anschluss daran stellte Frau Christina Koschmieder von der Handwerkskammer Mittelfranken ihre Arbeit vor. Ihre Arbeit hat zum Ziel, Jugendlichen eine Perspektive zu bieten und dem Fachkräftemangel der Betriebe entgegenzuwirken. Grundsätzlich besteht laut Frau Koschmieder ein Mangel an Interesse am Handwerk, da ihm ein schlechter Ruf („dreckige, mies bezahlte Arbeit“) vorausseilt. Diesen Ruf gilt es langfristig zu ändern, da oft nicht bekannt ist, dass eine Ausbildung ein weiteres Studium nicht ausschließt. Eine Aufklärung über das Ausbildungssystem kann hier Abhilfe schaffen. Jungen Flüchtlingen werden Fördermöglichkeiten aufgezeigt, in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen wird ihnen ein Überblick über das Berufssystem und damit eine erste Orientierungsmöglichkeit gegeben. Während der Ausbildung ist es für Flüchtlinge möglich, Deutschunterricht in der Berufsschule zu erhalten. Frau Koschmieder informiert auch die Betriebe über die aktuelle rechtliche Situation, da auf Seiten der Firmen oft eine Unsicherheit bei rechtlichen Fragen besteht. Anhand von Best-Practice-Beispielen kann den Unternehmen eine Art Leitfaden zum Umgang mit Auszubildenden ohne deutschen Pass gegeben werden. Zusätzlich begleitet sie eine Online-Plattform, in der unter anderem Ansprechpartner, Initiativen und Deutschkurse aufgeführt sind, um Flüchtlingen einen schnellen Überblick und Chancen zu Vernetzung zu geben.

Auf die Frage einer Teilnehmerin, weshalb seit Jahren Personen mit Migrationshintergrund wesentlich mehr Absagen im Bewerbungsprozess erhielten, erklärte Frau Koschmieder, dass die meisten Firmen dies mit der mangelnden Motivation und Unreife dieser Jugendlichen begründen. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops hielten das jedoch für eine Verschleierung der anhaltenden Diskriminierung junger Migranten. In diesem Zug wurde außerdem die Problematik angesprochen, dass Jugendliche ohne deutschen Pass in einer Abhängigkeit zu ihrem Arbeitgeber stehen, da eine Regelung existiert, die das Bleiberecht von einem stabilen Ausbildungsverhältnis abhängig macht. Verlässt ein junger Mensch seine Ausbildungsstelle, muss er das Land verlassen, was dem Arbeitgeber zu viel Macht über seinen Auszubildenden gibt und eine berufliche Neuorientierung der Jugendlichen verhindert.



Positiv berichtete eine Teilnehmerin von ihrer Arbeit mit den sogenannten Flüchtlingsklassen. Diese beinhalten neben Deutschunterricht auch eine erste Berufsorientierung und eine Einführung in die Kultur der jeweiligen Stadt. Diese sind nicht nur für junge Flüchtlinge, sondern auch für EU-Zuwanderer zugänglich.

Zum Abschluss des Workshops fasste Moderatorin Martina Mittenhuber die Erkenntnisse zusammen: Durch die Zuwanderung seien viele neue Impulse gesetzt worden, die zahlreiche Modellprojekte zu Folge haben werden. Ihre Sorge sei jedoch, dass die meisten Modelle langfristig untergehen werden, wenn kein sofortiger Erfolg sichtbar werde. Deshalb sei eine Vernetzung der einzelnen Projekte sinnvoll.

Protokoll: Michaela Maisel

Workshop 6:

Unterstützung für Ehrenamtliche bei der Flüchtlingsbetreuung

Workshop mit Dr. Beate Wittich, Zentrum Aktiver Bürger. Viele Ehrenamtliche engagieren sich für Asylsuchende und Geflüchtete. Welche Unterstützung benötigen die Freiwilligen für ihre Arbeit?



Dr. Beate Wittich ist Koordinatorin des Projekts „Aktiv für Flüchtlinge“ beim Zentrum Aktiver Bürger. Sie unterstützt dabei aktive Bürgerinnen und Bürger, ihre Potentiale und Kompetenzen für Geflüchtete in Nürnberg einzusetzen.

Mehrere Einstiegsfragen zum Thema ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit (Wer engagiert sich ehrenamtlich / hauptamtlich für Flüchtlinge? Wer möchte sich engagieren?) zeigten, dass fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer Erfahrungen im Bereich der Flüchtlingshilfe haben. Frau Dr. Wittich gab zunächst eine kurze Übersicht über ehrenamtliche Arbeit generell mit Begriffsdefinition und einen Überblick über die Rahmenbedingungen wie Begleitung, Anerkennung und Beendigung des Ehrenamts. Zu den ehrenamtlichen Rahmenbedingungen „Begleitung“, „Anerkennung“, „Beendigung“ fand eine gemeinsame Gruppendiskussion statt. Ausgangslage war, dass es durch die aktuelle Flüchtlingssituation sehr viele Menschen gibt, die erstmalig ehrenamtlich tätig werden. Sie sind einerseits sehr motiviert, sofort zu helfen, andererseits haben viele von ihnen mit Unsicherheit und Unwissenheit zu kämpfen. Die Zahl an Ehrenamtlichen, die gebraucht wird, kann nicht so intensiv und schnell auf ihren Einsatz vorbereitet werden, wie gewünscht. Viele Initiativen entstehen spontan und haben noch wenig Erfahrung im Umgang mit Flüchtlingen. Die Koordinierung und Kooperation der Initiativen untereinander müsste verbessert werden. Herausgearbeitet wurden drei wichtige Themenfelder der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit:

Klärung der eigenen Bedürfnisse: Vor Beginn der Arbeit sollte jeder, der ehrenamtlich arbeiten möchte, seine eigene Erwartungshaltung klären: Was will ich? Was kann ich? Wie kann ich mich einbringen? Was sind meine Erwartungen? Sind diese mit der Realität vereinbar? Es sollte nicht versucht werden, den Gegenüber zu ändern. Nicht alles, was gut gemeint ist, kommt beim Gegenüber auch gut an und/oder wird auch gut umgesetzt.

Ehrenamt muss begleitet werden: Die Ausarbeitung eines allgemeinen Leitfadens zum Umgang mit Traumata und zu rechtlichen Fragen wird gefordert. Ehrenamtlichen soll deutlich gemacht werden, dass ihre Tätigkeit keine professionelle Beratung ersetzt und sie nicht alles wissen müssen und können. Thematisiert wurden die Notwendigkeit von Geduld und Empathie, der Kontakt auf Augenhöhe als Basis für ehrenamtliche Arbeit sowie die Sensibilisierung für einen Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen. Material zu diesen Methoden und mit wichtigen Begriffserklärungen zum Thema Asyl sollte allen Ehrenamtlichen einfach und gebündelt zur Verfügung stehen bzw. beim ersten Einsatz überreicht werden können.

Unterstützung von städtischer Seite: Gefordert wurden ein transparenterer Informationsfluss bei der Koordination und in den Medien, und eine größere Wertschätzung für die Arbeit, die Ehrenamtliche in der Flüchtlingsbetreuung leisten. Informationen sollten gebündelt zur Verfügung gestellt werden. Bereits in Planung sind eine Auflistung aller aktiven Initiativen sowie die Ernennung von (ehrenamtlichen) Koordinatorinnen und Koordinatoren, die die Arbeit verschiedener Helferkreise aufeinander abstimmen.

Protokoll: Hannah Brennhäuser



Einwanderungsgesellschaft Nürnberg Zwischen Normalität der Vielfalt und Neuzuwanderung

**5. Nürnberger Integrationskonferenz
Samstag, 24.10.2015**

Veranstalterin und Herausgeberin: Stadt Nürnberg / Koordinierungsgruppe Integration
in Kooperation mit dem Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung.

Redaktion: Thomas Müller, Amt für Kultur und Freizeit / Koordination Integrationsprogramm
Tel.: 09 11 / 2 3185 23, E-Mail: thomas.mueller@stadt.nuernberg.de
www.integration.nuernberg.de

Fotos: Karl-Friedrich Hohl